



Beschluss

TOP I.4

Große Justizreform - Organisation des Gerichtsvollzieherwesens / Privatisierung

Berichterstattung: Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den Sachstandsbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Organisation des Gerichtsvollzieherwesens / Privatisierung“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Sie sind der Auffassung, dass auf der Grundlage der bisher vorgelegten Berichte die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens möglich, erstrebenswert und durchführbar ist, um die Zwangsvollstreckung effektiver zu gestalten und die Justiz zu entlasten. Die Justizministerinnen und Justizminister beauftragen die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, ihre Arbeiten fortzusetzen und der Herbstkonferenz im November 2006 Diskussionsentwürfe für die zur Umsetzung des Konzepts erforderlichen Rechtsänderungen vorzulegen.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bayerische Staatsministerin der Justiz als Vorsitzende der Justizministerkonferenz zusammen mit dem Minister für Justiz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der Ministerin für Justiz des Landes Niedersachsen und dem Minister für Justiz des Landes Baden-Württemberg, Gespräche mit den Rechtspolitikern der Bundestagsfraktionen zu führen, um die Umsetzungsmöglichkeiten eines von der Arbeitsgruppe zu erarbeitenden Gesetzentwurfes abzuklären.